

Kein Traumtänzer, sondern Realist

US-Diplomatie Die Biden-Regierung sollte in ihrer Außenpolitik auf Adlai Stevenson zurückkommen

■ Hans-Georg Ehrhart

Einzelne machen manchmal Geschichte. Einer davon war sicherlich Adlai E. Stevenson, zweimaliger demokratischer Präsidentschaftskandidat und US-Botschafter bei der UNO von 1961 bis 1965. Er war es, der sich in der Kuba-Krise vor 60 Jahren wirkungsvoll dafür einsetzte, ein nukleares Armageddon durch diplomatische Konsequenz und Kreativität zu vermeiden. Dafür wurde er von den politischen Falken als „Weichling“ verunglimpft, der die nationale Sicherheit der USA zu verkaufen bereit sei. Dabei hätte er posthum den Friedensnobelpreis verdient.

Nachdem die US-Geheimdienste 1962 entdeckten, dass die Sowjetunion atomare Mittelstreckenraketen auf Kuba stationiert hatte, ging es darum, wie darauf reagiert werden sollte. Die Hardliner waren für eine Invasion, andere – zunächst auch Präsident John F. Kennedy – für die Bombardierung der Stellungen. Schließlich entschied man sich für eine Blockade und gewann so Zeit für eine politische Konfliktregelung. Stevenson hielt eine militärische Lösung für viel zu riskant. Immerhin standen sich zwei hochgerüstete atomare Supermächte gegenüber. Er war kein idealistischer Traumtänzer, sondern Realist, der gegenüber Moskau der Devise folgte: „Erpressung und Einschüchterung niemals, Verhandlungen und gesunder Menschenverstand immer!“

Konzessionen unumgänglich

Stevenson setzte alles daran, Kennedy zu überzeugen, dem sowjetischen Regierungs- und Parteichef Nikita Chruschtschow die Botschaft klarzumachen, dass die USA keinen Nuklearkonflikt wollten, sondern den friedlichen Ausweg. Seine feste Überzeugung: Raketenbasen, wo sie auch stehen, sind immer verhandelbar, wenn dadurch ein Atomkrieg verhindert werden kann. Das war für ihn kein Zeichen von Nachgiebigkeit, sondern politischer Weisheit.

Da im Ukraine-Konflikt die Politik auf allen Seiten in der Logik des Krieges verharrt, wünschte man allen Akteuren die diplomatische Zähigkeit eines Adlai Ste-

venson. In seinem ersten Memorandum an den US-Präsidenten schlug er einen „back channels of communication“ vor, der Fidel Castro sowie Nikita Chruschtschow mit einer Vertrauensperson der US-Regierung verbinden sollte. Diesen Part übernahm Kennedys Bruder Robert, der sich am 27. Oktober 1962 mit seinem sowjetischen Gegenüber auf einen Kompromiss einigte. Wie sehr ist zu hoffen, dass auch heute ein solcher Kanal zusätzlich zum 1963 installierten „heißen Draht“ zwischen Washington und Moskau existiert. Falls nicht, sollte er dringend eingerichtet werden. Die von Stevenson darüber hinaus entwickelte Idee, Kuba zu neutralisieren und zu demilitarisieren, könnte für den Ukraine-Konflikt ebenso bedenkenswert sein wie die Stationierung von UN-Blauhelmen in den russisch besetzten Gebieten. Stevenson schlug sogar vor, die auf Kuba liegende US-Base Guantanamo Bay, die 1903 von den USA für 99 Jahre und 1934 unbefristet gepachtet wurde, aufzugeben für den Abzug der sowjetischen Raketen. Ohne vergleichbare Konzessionen in Form von territorialen Sonderstatuten mit Autonomierechten dürfte der jetzige Krieg schwerlich zu beenden sein.

Auch der 1962 erreichte Kompromiss, bestehend aus einer US-Sicherheitsgarantie, dem Abzug der sowjetischen Atomwaffen aus Kuba und der US-Atomwaffen aus der Türkei, gibt Anregungen für eine Regelung des Ukraine-Konflikts. So könnten die fünf Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats eine zwischen den Konfliktparteien gefundene Übereinkunft garantieren. Die direkten und indirekten Kriegsparteien müssten zugleich einen Abrüstungsprozess mit dem Ziel einer neuen europäischen Friedensordnung beginnen. Der Weg dorthin führt über Vertrauensbildung und Kommunikation. Beides ist gerade während eines laufenden Konflikts notwendig. So wie Stevenson inmitten der Kuba-Krise eine Deeskalation voranbrachte, sollte derzeit die Biden-Regierung die Einbahnstraße der Kriegslöge verlassen und den diplomatischen Ansatz von einst als Muster annehmen.

Hans-Georg Ehrhart ist Senior Research Fellow des Hamburger Friedensforschungsinstituts

D M
zo
ben fast fünf M
ty, der Metrope
Schnurgerade
wachsende Vor
wischen Grenz
Phoenix – wo
ausgedehnten
einem oft nur
Auch Chandler
rot zur Umgeb
warmen Abe
Republicans zu
nen Biergarten
Leute versamm

Danielles A

Über einen gro
Wahlkampfsp
von wichtigen
tuge Lebensstat
Gouverneursp
Kindheit in Iov
Studium zu fin
rufliche Durch
Jahrzehnte war
kalfernsehen a
nes großen rep
der Pandemie
nach rechts aus
habe keine De
ten können, sa
mit dem Ferns
rufen, in die P
selbst nicht me
für Kari Lake ei

Der Spot mü
schnitt von Au
erleben eine In
Grenze“, tönt es
den Akkorden
geben!“, „Wenn
werden wir sie
Lake in der Geg
Andrang, der e
Bühne betritt
schreitet sie na
onell in die Har
„Arizona soll A
plaus. Die ver
der Demokratie
sie hingehöre
nien. Danielle,
am Rand steht
gesprächen. „Jo
an Gott“, sagt
Die Demokrati
nisch“. Das gla
eine kommuni

Was in Phoe
ten geschieht,
aus. Der Staat
„Swing State“. E
tum 2020 nur
und wurde ma
ty entschieden
und Kandidat
jetzt vor der Zw
talen und teur